

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Robert W. Kroll, Magdeburg, Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Wetjke, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrotvorwerkstraße). Fernsprech-Anschluss Nr. 1467.

Abnehmerpreis: Einzelheft (inkl. Postgebühr) 2 Pf. 25 Hl., monatlich 60 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabeorten vierteljährlich 4 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 zgl. Postgeb. Einzelne Nummern (einzig die Romanbeilage, sowie die Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Insetionsgebühr die fliegende Zeile 15 Pf. Vollständigkeits Nr. 788.

Nr. 191.

Magdeburg, Mittwoch, den 17. August 1895.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 6 Seiten. Heute liegt Vogen 62 vom Roman 'In Reih' und Glied bei.

## Chronik auf das Jahr 1848.

17. August.

Auf dem Kriegsschauplatz in Schleswig-Holstein war es die Sommermonate hindurch sehr still gewesen. Am 8. Juli hatte bei Hadersleben noch einmal eine Waffenthat stattgefunden, indem ein dänischer Kriegsdampfer, der sich unvorsichtig der Küste genähert hatte, von einer schnell herbeigeilten Batterie so stark beschossen wurde, daß das Schiff am Strande festtrieb, während die Mannschaft in Booten flüchtete. Auch am 17. August kam noch einmal eine dänische Korvette mit holsteinischen Geschützen ins Feuer und verlor dabei einige Tote. Damit war für das Jahr 1848 der Krieg in Schleswig-Holstein beendet. Unter den Händen der Diplomaten hatte sich schon längst die Volkserhebung in Schleswig-Holstein in einen Kabinettskrieg zwischen Preußen und Dänemark verwandelt. Am Potsdamer Hof hatten sich mehr und mehr allerlei reaktionäre Einflüsse durchgesetzt, den dort dominierenden aristokratischen Elementen war die vollstimmliche aber „illegitime“ schleswig-holsteinische Erhebung, zu deren Gunsten Preußen anfänglich eingetreten war, höchst unsympathisch. Rechnete man zu diesen mehr versteckten Widerständen am preussischen Hofe die dem Vorgehen in Dänemark entgegenwirkenden Widerstände der russischen, englischen und schwedischen Diplomatie, dann begreift sich die zögernde, jedem entscheidenden Zusammenstoß ausweichende Kriegsführung der letzten Monate. Schon seit Mitte Juni waren denn auch allerlei Waffenstillstands- und Friedensunterhandlungen im Gange, die schließlich zu dem Vertrage von Malmb führten, durch welchen Vertrag die schleswigische Volkserhebung durch Preußen vollständig preisgegeben, um nicht zu sagen verraten wurde.

## Volkerversammlung.

Mittwoch abend 8 Uhr tagt im Dreikaiserbund eine Versammlung, welche die Vorarbeiten zu den Stadtverordnetenwahlen zu erledigen hat. Die Versammlung muß von den Genossen und Genossinnen aller Stadtteile besucht werden. Außer der Aufstellung der Kandidaten und eines Vortrages über die Bedeutung der Wahlen soll auch über die Agitation gesprochen werden. Und da hieran sich alle Genossen und Genossinnen zu beteiligen haben, darf niemand dieser Versammlung fern bleiben.

## In der Zwangshaft.

Gegen zwei Redakteure der antisemitischen Sachsenchau ist das Zeugnis-Zwangsfahren anhängig gemacht. Es handelt sich um die Ermittlung des Verfassers einer die hiesigen Schulverhältnisse betreffenden Notiz.

Erster Presslinder war Herr Fackhauer, welcher sechs Monate in Zwangshaft gefesselt. Wir wissen nicht, welche Vergünstigung diesem Herrn im Gefängnis zu Teil wurde. Doch ließ eine Briefkastennotiz der Sachsenchau darauf schließen, daß es Herr Fackhauer „den Umständen nach wohl ging und die antisemitische Bewegung in Magdeburg mit Freuden verfolgte“. Die Zwangshaft verlief für die Staatsanwaltschaft resultatlos.

Zweiter Presslinder war Herr Bruno Kreuz, der wegen der gleichen Anschuldbildung die Zwangshaft antreten mußte. Wie es diesem Herrn im Gefängnis ergeht, darüber können wir heute näheres berichten. Es war aufgefallen, daß unter der „Redaktion“ seines Nachfolgers, eines Herrn Wagner, welcher noch heute der edlen Kunst der Tapezierer und Dekorateur obliegt, der Inhalt der Sachsenchau sich nicht geändert (nur zu Anfang merkte man die Unfertigkeit des jetzigen Verantwortlichen), im Gegenteil noch gemeiner und gehässiger gegen Anhänger anderer Parteien und Angehörige jüdischer Konfession sich gestaltete. War man dieserhalb schon auf die Vermutung gekommen, daß Herr Kreuz aus dem Gefängnis heraus sein Blättchen redigierte, so fand die Vermutung Nahrung durch das Geständnis einer der Geschäftsleitung der Sachsenchau nahestehenden Person. Darnach werden dem Agitator der antisemitischen Partei, dem Redakteur der antisemitischen Sachsenchau,

morgens in der Zeit von 8—9 Uhr, die Tageszeitungen zugeföhrt, die dann Herr Kreuz im Gefängnis verarbeitet. Das Manuskript für die Sachsenchau (eines der verlogenen Blätter Deutschlands) wird gegen 11 Uhr wieder abgeholt und in die Druckerei geschickt — den Rest der Redaktion besorgen „befreundete Hände“.

Diese Mitteilungen werden von allen Presslindern freudig aufgenommen werden. Ganz besonders sind wir hierüber erfreut. Bislang genossen sozialdemokratische Redakteure keine derartigen Vergünstigungen. Unser Genosse Baumüller saß bekanntlich auch sechs Monate in Zwangshaft. Neben Selbstbeschäftigung und Selbstbefähigung war ihm nur das Lesen der Frankfurter und Magdeburgischen Zeitung gestattet. Seine schriftstellerischen Arbeiten haben während der Zwangshaft nicht das Licht der Welt erblickt.

Nunmehr scheint in den Anschauungen der Staatsanwaltschaft ein Wandel eingetreten zu sein (daß Herr Bruno Kreuz die Zeitungen heimlich zugestekt bekommt und andererseits die Produkte seines antisemitischen Geistes auf demselben Wege wieder abschickt, ist wohl ausgeschlossen). Daß die humane Behandlung zuerst einem Antisemiten zu teil wird, schadet nichts, ist doch nunmehr begründete Hoffnung vorhanden, daß auch für sozialdemokratische Redakteure sich die Pforten eines „fidelten Gefängnisses“ öffnen, worinnen sie dann „ihrem Berufe angepaßt“ beschäftigt werden.

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Aus Berlin läßt sich die Magdeburgische Zeitung melden, daß „die „Genossen“ in Magdeburg“ keine Reue haben, ihre Stimme zu Gunsten der Beteiligung an den Landtagswahlen in die Wagschale zu werfen. Wie superflüg doch die Berliner Weisen des nationalliberalen Blattes sind — und für diese Mitarbeit zahlt es die „höchsten Preise“. Hervorzuheben bleibt nur, daß die Magdeburgische Zeitung das Wort Genossen wieder in „ausgezeichnet hat. Vielleicht sagt uns das Blatt gelegentlich, was es sich hierbei gedacht hat; sintermalen außer der antisemitischen Schmutzpresse kein Blatt sich solche journalistischen Ungezogenheiten erlaubt.

Nach Meldungen österreichisch-polnischer Blätter verbot die preussische Regierung polnischen Schauspielern aus Warschau das Auftreten in der Provinz Posen. Was den Schauspielern in Rußland gestattet ist, soll im Deutschen Reich gefährlich sein. Besser lassen sich die deutschen Zustände nicht mehr persiflieren.

Der am 18. August 1896 wegen Urkunden-(Wechsel-) Fälschung zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Kaufmann Magnus ist nach Verbüßung von zwei Drittel seiner Strafe vom Senat begnadigt und aus der Haft entlassen worden.

Nach der Wäckerhag die Fleischerhag. In Anbetracht der hohen Fleischpreise bemerken antisemitisch-agrarische Blätter: „... Diese Kleinschlächtermeister aber wissen ihrerseits von ihren „Kunden“ schon das Geld zu nehmen, und wer auch nur einigermaßen in den kleineren Verhältnissen Bescheid weiß, der wird zugeben müssen, daß diese Kleinschlächter sehr bereitwilligst einem Aufsteigen der Preise folgen, aber nur sehr schwer einem Absteigen desselben Folge geben. Sollte die Angst, daß das Schlächtergewerbe an den jetzigen Preisen zu Grunde geht, wirklich so groß sein?“ Das ist echt agrarisch! Wenn die agrarischen Großgrundbesitzer, sobald die Millionenliebesgaben nicht stetig erhöht werden, über den Ruin der Landwirtschaft jammern, dann ist das Schreien „patriotisch“. Wenn die Kleinschlächtermeister insolge der agrarischen Begehrlichkeitspolitik notgedrungen die Preise erhöhen, ihren Umsatz dadurch erheblich verringern und insolgedessen schweren Schaden haben, dann ernten sie Hohn und Spott von agrarischer Seite. Das Ganze aber nennt sich, auf den Bauernfang bei den Wahlen eingerichtet: „Mittelstandspolitik!“ Spaßhaft ist, daß die Antisemiten sich auch in dieser Frage als die Schlinglinge der agrarischen Nimmersatte aufspielen. Hoffentlich kommen die Fleischermeister recht bald zu der Erkenntnis, daß die Antisemiten die ärgsten Feinde der Gewerbetreibenden sind und nur die Unterstützung des verlotterten Junkertums im Auge haben.

Auf dem Berliner städtischen Schlachthof sind nach einer Angabe der Deutschen Fleischer-Zeitung im Juli 1898 3938 Schweine weniger geschlachtet worden als in demselben Monat des Vorjahres. So wirken die Grenzsperrn.

Am Wechselstempelsteuer wurden im Deutschen Reich für die Zeit vom 1. April 1898 bis zum Schluß des Monats Juli desselben Jahres vereinnahmt 3 593 809,20 Mark, gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres mehr 385 953,58 Mark.

Die Generalversammlung des Verbandes deutscher Kaufleute hat sich für die Erlassung eines Reichsgesetzes zur Bestreuerung der großen Warenhäuser ausgesprochen. Zugleich wurde der Kampf gegen die Konsumvereine aufgenommen.

Auf die vom Präsidenten des hessischen Landwirtschaftsrates bei dem großherzoglichen Ministerium des Innern wegen Beeinträchtigung der Erntearbeiten durch die Schießübungen der Truppen im Gelände gemachte Eingabe hat das Generalkommando des 11. Armeekorps sich dahin geäußert, daß die qu. Schießen nach Möglichkeit auf das Mindestmaß von Tagen zusammengedrängt und nur am Vormittag abgehalten werden. Mit diesem Entschiede werden die Beschwerdeführer sicherlich nicht einverstanden sein.

Für die Gesinnungsverfolgung in den Kriegervereinen wird auch aus Weimar ein neuer Fall gemeldet. Dort haben sämtliche Offiziere, die dem Verein als Mitglieder angehören, das Verlangen gestellt, den Stadtrat Meyer, Mitglied des Weimarschen Landtages, den Vorsitzenden des Freisinnigen Vereins, aus dem Vereine auszuschließen; anderenfalls würden sämtliche Offiziere zum Austritte aus dem Vereine genötigt sein.

Zu Anschluß an den Artikel das Centrum und die Volksschule (Nr. 190 der Volksstimme) werden wir aus Lehrerkreisen ersucht, folgenden der Preussischen Lehrerzeitung entnommenen Artikel aufzunehmen: „Die Landtagswahlen werden entscheiden, ob die Schulverhältnisse in den nächsten fünf Jahren, wenn auch langsam, in doch in der Richtung nach vorwärts sich weiter entwickeln oder ob wir mit einem klerikalen Schulgesetz, dessen Folge eine rückläufige Bewegung sein würde, beklüftet werden. Es ist nun besonders auch Sache der Lehrer, auf den Schanzen zu stehen, um den reaktionären Sturm auf die Volksschule abzuschlagen. Wir verpflichten die Lehrer nicht auf eine Fraktion, aber das gebietet ihnen sowohl ihre Pflicht gegen die Schule wie auch der Selbsterhaltungstrieb, nur einzutreten für diejenigen Parteien, welche sich offen als Gegner eines Schulgesetzes a la Bedlich erklärt haben und noch erklären. Das muß die Wahlparole der Lehrerschaft sein, — alles übrige tritt bei der Gefahr, in der sich Schule und Lehrer nach der Wahl plöglich sehen können, in den Hintergrund. Gelingt es, die konservativ-klerikale Stimmung für die nächsten fünf Jahre in die Minorität zu setzen, so schwindet nicht nur das drohende Gespenst eines Bedlich'schen Schulgesetzes in sein Nichts zurück, sondern die Bahn ist frei für eine gedeihliche Weiterentwicklung der Schulgesetzgebung und somit der Schul- und Lehrerverhältnisse. Also auf die Schanzen!“ Erfreulich ist, daß die Lehrer sich mehr und mehr der konservativ-klerikalen Strömung in den Parlamenten abwenden.

## Die große Lücke im Marinegesetz.

Nachdem in der letzten Reichstagsession erst der große Flottenplan bewilligt worden ist, beginnt jetzt bereits wieder eine Agitation für neue Marineforderungen. An Betrachtungen eines österreichischen Blattes über den spanisch-amerikanischen Seekrieg knüpfen die Berliner Neueste Nachrichten die Forderung, daß in Deutschland bei Ausstellung und Vertretung des Marineetat's im Reichstage darauf Bedacht genommen werde, daß alles Material für den Kriegsfall in Friedenszeit in denkbarster Vollständigkeit und lückenlos zu beschaffen ist, und bemerkt dann:

„Vergessen wir nicht, daß das jetzt in den ersten Anfängen seiner Ausführung begriffene Flottengesetz nur das äußerste Minimum enthält, und daß der inzwischen eingetretene Seekrieg sowohl als auch der englisch-russische Gegensatz in Ostasien den Flotten aller Nationen neue, gewaltige Impulse verliehen hat. Deutschland muß das Flottengesetz im Jahre 1903 nicht nur bis auf den letzten Mann und den letzten Nagel zur Ausführung gebracht haben, sondern es müssen bis dahin auch die Vorkerkungen getroffen sein, die großen Lücken schnellmüßig zu schließen, die dieses Gesetz leider enthält.“

Bereits tritt also das ein, was wir beim Flottengesetz voraussetzten, daß die geforderte Vermehrung nicht einen Abschluß, sondern erst einen Anfang darstelle. Jetzt wird schon von großen Lücken des Flottengesetzes gesprochen, die geschlossen werden sollen. Wenn darin die Auffassung maßgebender Marinekreise zum Ausdruck kommen sollte, so würde damit alles, was bei dem Flottengesetz versichert worden ist, völlig über den Haufen geworfen werden.

Und die flottenfreundlichen Parteien, die der sozialdemokratischen Partei nachsagten, sie schwindelten dem Volke „uferlose Flottenpläne“ vor, sind des Schwindels überführt. So rächt sich alles, selbst die verlorne Agitation. Die sozialdemokratische Presse hat also wieder einmal recht behalten.



# Sozialdemokraten, an die Arbeit!

Am Freitag abend wird in den Wahlbezirken Magdeburg-Altstadt, Sudenburg und Neustadt ein Flugblatt verbreitet, welches sich mit den Stadtverordnetenwahlen beschäftigt, das Programm, sowie die in Vorschlag gebrachten Kandidaten bekannt giebt. Das Flugblatt muß in sehr kurzer Zeit verbreitet werden. Die Parteigenossen und Parteigenossinnen wollen sich deshalb schon heute auf die Verbreitung des Flugblatts vorbereiten. Niemand darf sich dieser Pflicht entziehen. Wir müssen der dritten Wählerabteilung eine sozialdemokratische Vertretung erobern — das unser Ziel. Die dritte Abteilung hat acht Vertreter zu wählen (6 in Magdeburg-Altstadt, 1 in Sudenburg, 1 in Neustadt). Streben wir danach, die acht Mandate zu erobern. Der Treffpunkt der Flugblattverteiler wird in nächster Nummer bekannt gegeben.

## Nachrichten aus dem Auslande.

Der Züricher Kantonsrat beschloß mit 91 gegen 50 Stimmen, die obligatorische Mobiliarversicherung dem Volke zur Annahme zu empfehlen.

Am 14. August fand in Genève (Belgien) Stichwahl für den Provinzialrat statt. Der sozialistische Abgeordnete wurde mit 1400 Stimmen Mehrheit gewählt gegen den liberalen Kandidaten.

Unter den vielerlei Vortzügen, die das Volkswirtschaftssystem vor dem stehenden Heersystem hat, gehört auch der, daß die Verpflegung eine weit bessere ist. Die im September stattfindenden Manöver eines Teiles der schweizerischen Armee liefert dafür wieder einen Beweis. So schrieb vor kurzem der Corps-Kriegskommissar des vierten Armee-corps in Zürich eine Bieferung von 380—400 Hektoliter Rotwein und von 6000 Kilogramm fettem Schweizerkäse aus, die auf das Manöverfeld zu liefern sind. Die Lieferungsbedingungen sind sehr streng und können die Mannschaften sicher darauf rechnen, daß sie das Gekaufte in bester Qualität erhalten.

Der dicke Milan will mal wieder regieren. Während sein Sohn auf Reisen geht, will Milan das Rzepter schwingen.

Zu vatikanischen Kreisen wird berichtet, das Befinden des Papstes mache gute Fortschritte. Am 21. August, dem Namenstag des Papstes, soll großer Empfang stattfinden.

Die cubanische Junta teilte dem Kriegsdepartement in Washington mit, daß die Ausständischen die Bestimmungen des Friedens-Protokolls annehmen und die Feindseligkeiten einstellen werden.

## Cuba und die nordamerikanische Zuckerproduktion.

Die Zuckerproduzenten der Vereinigten Staaten scheinen die Angliederung der ehemaligen spanischen Kolonie, ja selbst bloße freundschaftliche Handelsbeziehungen zu einem unabhängigen Cuba mehr zu fürchten wie zu wünschen. Die Gründe dafür gestehen sie auch offen ein.

Die nordamerikanische Rohrzuckerzeugung, und vollends die mühsam zu schwachen Ansätzen aufgedoppelte Nebenzucker-gewinnung hat immer starke Liebesgaben erfordert: hohe Zölle, oder wenn man diese einmal — wie im McKinley-Gesetz von 1890 — aufhob, kolossale Prämien, von 1<sup>2</sup>/<sub>2</sub> bis 2 Cents pro Pfund, das heißt von 7,60—8,70 Mark pro Centner, was mehr als zwei Dritteln der gesamten Herstellungskosten eines Centners deutschen Zuckers von ähnlicher Beschaffenheit entsprach! Wenn künftig auch nur die eine Million Tonnen, die Cuba früher produzierte, zollfrei oder unter starker Abbrückelung des alten Zollschutzes nach der Union hereinkommen sollten, werden dann die nord-

amerikanischen Zuckerplanzer nicht in erneute Bedrängnis geraten?

Man könnte sie vielleicht, ähnlich wie 1890, wieder durch Prämien unterstützen wollen. Indes, diese Art der Staatshilfe hatte die schlimmsten Mißstände im Gefolge, und wir erwähnten schon früher, daß der Union dazu heute das Wichtigste fehlen würde: der früher reichlich vorhandene lachende Ueberschuß im Staatsfiskus, der unterdes einem trüblichen Defizit von unheimlichem Umfange gewichen ist. Dieses Defizit müßte noch dazu rasch sich erhöhen, wenn dadurch die begünstigte cubanische Einfuhr das Erträgnis des Zuckerzolles herabgehen sollte, der zuletzt einen ganz wesentlichen Bruchteil des Bundesbedarfs decken mußte.

Mehr Steuern zahlen und sich auch noch eine verschärfte Konkurrenz auf den Hals laden, das ist weder in der alten noch in der neuen Welt jedermanns Sache, und man darf gespannt sein, wie der Staatschatz sowohl wie die Zuckerproduktion der Union sich mit der unangenehmen und doch selbstgeschaffenen Sachlage abfinden werden.

(Leipz. Volksztg.)

## Soziale Bewegung.

Aus Hamburg wird berichtet: Eine Versammlung der streikenden Bäckergehilfen beschloß am vorigen Sonnabend, im Sinne eines von national-sozialer Seite gemachten Vorschlags zwecks gütlicher Einigung mit den beteiligten Arbeitgeber zu verhandeln. Montag fand eine Besprechung der Innungsvertreter der Kommission der Mehlhändler und Mühlenbesitzer und der Streikleitung statt, um die Grundlagen zu einer Einigung der streikenden Parteien festzustellen. Das Resultat der Besprechung ist noch unbekannt.

Die Seelente in Flensburg haben ihre Lohnbewegung siegreich beendet. Die geforderte Monatssteuer von 55 Mark ist von den Arbeitern bewilligt worden.

Beendet ist ferner der Ausstand der Schneider der Firma Berger, Collaud u. Co. in Kiel; die Forderungen der Arbeiter sind anerkannt.

Der Maurerstreik in Frankfurt a. M. steht, wie dem Vorwärts eine Privatdepesche meldet, günstig. 400 Mann arbeiten zu den neuen Bedingungen, viele Ausständige sind abgereist, 500 befinden sich noch im Streik. 52 Unternehmer haben bewilligt, weitere Bewilligungen stehen in Aussicht.

Der Maurerstreik in Breslau ist, wie uns telegraphisch gemeldet wird, am Montag vorläufig für beendet erklärt worden.

Der Streik der Forner bei F. G. Reß in Nürnberg ist für beendet erklärt, da die hauptsächlichsten Forderungen bewilligt sind.

Der 4. Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ist am Sonntag in Kassel vom Vorstehenden August Brey aus Hannover bei Anwesenheit von 39 Delegierten und 2 Delegierten eröffnet worden. Zu Vorstehenden wurden Brey aus Hannover und Heinrich Martens aus Hamburg gewählt.

In Posen ist Anfang August ein Gewerkschaftskartell gegründet worden. In der betreffenden Versammlung, die glänzend verlief, wurden die Vorteile einer solchen Einrichtung den Anwesenden sowohl in deutscher wie in polnischer Sprache dargelegt. Dem Kartell gehören fast sämtliche Gewerkschaften der Stadt Posen an.

Die Lithographen, Steinbrucker und Berufsgenossen hielten in der Zeit vom 11. bis 14. August in Bern ihren zweiten internationalen Kongreß ab. Vertreten waren die Schweiz durch 2 Delegierte, Deutschland durch 3, Frankreich durch 8 und England durch 6 Delegierte. Von Amerika und Dänemark lagen Briefe vor. Dänemark erklärte, bestimmt der internationalen Vereinigung beitreten zu wollen. Es wurde beschlossen, daß das Bureau des Kongresses während der ganzen Dauer desselben (mit Ausnahme des zweiten Präsidenten) aus denselben Personen bestehen solle. Als Präsident wurde gewählt Schöpske aus Berlin, als zweiter Präsident am ersten Tage Scherer aus Zürich und als solcher am zweiten Tage Dreysuß aus Paris. Der Kongreß beschloß die Errichtung eines internationalen Sekretariats. Sich desselben ist für die nächsten zwei Jahre England. Jeder internationale Kongreß soll das Recht haben, das Land zu bestimmen, wo das Sekretariat jeweilig seinen Sitz haben soll. Der Fonds des Sekretariats wird gebildet durch Erhebung eines Beitrages von 50 Pfennig pro organisiertem Kollegen und pro Jahr. Die Gelder sind dauernd in einer Bank Englands anzulegen. Hervorgehoben sei noch, daß der Regierungsrat des Kantons Bern sein Mitglied Herrn Regierungsrat v. Steiger, Direktor des Innern, zur Teilnahme an dem Kongresse abgeordnet hatte und daß der Gemeinderat der Stadt Bern sich durch seinen Vizepräsidenten Finanzdirektor Müller vertreten ließ und außerdem ein Schreiben an den Kongreß gesandt hatte.

## Nachrichten aus Magdeburg.

Das die Sozialdemokratie in ihrem Zukunftsstaats die Kinder von der Mutterbrust reißer will, ist jedem ordnungsliebenden Staatsbürger bekannt. Wie notwendig diesfalls der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist, erlebte man wieder einmal aus zwei Inferaten in der Magdeburgischen Zeitung. In dem einen wird ein kinderloses Ehepaar gesucht, welches „einen niedlichen Knaben von guter Herkunft“ gegen Vergütung als eigen annimmt, in dem anderen bietet sich ein solches Ehepaar an. Trozdem die Magdeburgische Zeitung diesen Inferaten anstandslos Aufnahme gewährt, verliert sie nicht im mindesten an ihrer Qualifikation zur Bekämpfung der Ehe und Familie zerstörenden Sozialdemokratie.

Für die Bismarckstempel werden sogenannte Fürst Bismarck-Sterbehalter in der königlichen Münze geprägt. Mehrere Arten davon sollen angefertigt werden. Von der einen Sorte sind bereits Probestücke in den Verkehr gekommen; sie zeigen den Kopf Bismarcks mit der Aufschrift „Fürst Bismarck-Sterbehalter, 20. Juli 1898“. Auf der Rückseite befindet sich in einem Eichenkranz eine poetische Inschrift. Die königliche Münze stiftet diese Bestellungen für Privatbestellanten aus. Die Prägungen haben denselben Silbergehalt wie die Thaler-münzen, dürfen aber nicht als Dreimarkstücke verausgabt werden.

Unternehmer-Solidarität. Auf einem Bau des Maurermeisters Joh. Friedr. Meyer in der Spielgartenstraße waren drei Maurer beschäftigt, die aus Potsdam zugewandert waren und des dortigen Maurerstreiks halber Potsdam den Rücken gekehrt hatten. Am Sonnabend erhielten sie nun ihre Entlassung, wie ihnen erklärt wurde deshalb, weil sie am Potsdamer Maurerstreik beteiligt seien. Natürlich waren die hiesigen Maurer, welche mit den Entlassenen zusammen arbeiteten, mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. Sie drohten, allesamt die Arbeit niederzulegen, wenn die Entlassung ihrer drei Potsdamer Kollegen aufrecht erhalten bleiben sollte. Zu einer Arbeitseinstellung ist es aber nicht gekommen, da inzwischen der Streik in Potsdam beendet war, wohin die beiden Maurer zurückkehrten. Man sieht aus diesem Vorgange aufs neue, wie die Unternehmer in ganz Deutschland bemüht sind, die Interessen ihrer Kollegen zu wahren und jede Lohnbewegung der Arbeiter unter Anwendung aller Mittel zu bekämpfen. Die Arbeiter können diese Solidarität der Unternehmer nur durch gleich große Solidarität der Arbeiter bekämpfen.

Die Arbeiter können diese Solidarität der Unternehmer nur durch gleich große Solidarität der Arbeiter bekämpfen. Die Unternehmer gewicht halten kann, lehrt ja der vorliegende Fall. Die Unternehmer mögen dieses nicht vergessen. Wenn sie den Vogen allzu straff spannen, kann derselbe leicht zerbrechen, und wer hierbei den Kürzeren zieht, läßt sich jetzt noch nicht lagen.

Die Klempner- und Dachdeckerarbeiten zum Bau einer Abortgebäude auf dem Schulgrundstück in Budau, Feldstraße 26, Zwanowna. „Es giebt aber Leute, welche so viel ganz allein trinken.“

„Ich weiß, wen Sie meinen.“  
„Nicht er allein, viele trinken so.“  
„Mehr als er trinkt kaum jemand. Er übertrinkt alle.“  
„Ich fürchte, offen gestanden, immer für meinen Mann, wenn er sich mit ihm einläßt. Auch im Augenblick habe ich Angst, dort möchte irgend etwas passieren.“

„Sie sollten nach ihm schicken.“  
„Da haben Sie recht. Nißhja mag hingehen.“  
Als Nißhja hörte, sie solle zu Organstij gehen, um auszukundschaften, was dort vor sich gehe, leuchtete ihr Gesicht und sie eilte fort.

Katharina Wassiljewna hielt sie in der Thür zurück.  
„Kurganow ist auch bei ihm,“ sagte sie. „Daß ihm heraus rufen und sage ihm, Katharina Wassiljewna habe Dich geschickt, weil sie über Ssemjon Zwanowitsch sich beunruhigt . . . auch sei es ihr langweilig, allein zu bleiben. Frage ihn gründlich aus. Nur sei behutsam . . . daß Dich niemand sieht . . .“

„Ich richte alles aus,“ rief Nißhja und verließ hastig das Zimmer. Nach einigen Augenblicken kam sie bei den Fenstern vorüber. Sie hatte einen grellen Rotunskarafan angezogen und, was ihr besonders gut stand, ein buntes Tuch über den Kopf geworfen.

„Schauen Sie, Madjeschda Zwanowna, wie sie sich putzt! Ein neuer Sfarafan und ein neues Tuch!“

„Glückliches Volk!“ bemerkte Madjeschda Zwanowna. „An allem findet es Freude — sogar ein Gang auf dem Marktplatz gewährt ihm Lust!“

Die Sonne war längst untergegangen. Man hatte die Küche eingetrichtert, mit Gebrüll zerstreuten sie sich auf den Dorfstraßen, die Luft erfüllte sich mit dem Geruch frisch-gemolkener Milch. Geschäftige Weiber liefen mit Kutten hin und her, die Thorflügel knarnten. Schafe blühten, Hunde bellten, schwarz und dicht lagerte Staub über dem Dorf, daß man von weitem kommend, denken könnte es brenne.

(Fortsetzung folgt.)

## Fenilleton.

### Russische Dorfaristokratie.

Ein Sittenbild von J. A. Isalom.

Aus dem Russischen von Wilhelm Goldschmidt.

(Nachdruck verboten.)

#### XIII.

Wie Katharina Wassiljewna vorher gesagt, geschah es: Ssemjon Zwanowitsch kehrte zu Mittag nicht zurück. Inzwischen hatte Madjeschda Zwanowna Zeit gehabt, in die Badstube auszuwandern und, trotzdem sie sich sehr unwohl fühlte, in ihrem neuen Quartier nach Möglichkeit bequem sich einzurichten. Das Wohnzimmer verwandelte sich in ein kleines Empfangszimmer, die Badstube in ein Schlafgemach. Auf dem Bett saß ein Kissen und einer Matratze war ein Bett hergestellt. Bücher, ein Samowar und zwei Tassen fanden auf dem Regal Platz. An der Wand, über dem Kopfkissen des Bettes, hing ein Heiligenbildchen: ein vergoldeter Einfassung, das einzige wertvolle Stück, welches ihr übrig geblieben war. Dieses Bild hielt sie besonders wert, da es ehemals über dem Bett ihres Vaters hing und in der Todesstunde auf der Brust des Sterbenden lag.

Nachdem sie ihre neue Wohnung eingerichtet hatte, setzte sie sich auf das Bett, ließ den Kopf sinken und wußte nicht, was sie beginnen sollte. Düstere Gedanken drangen auf sie ein, ohne daß sie insstande gewesen wäre, irgend etwas Klar zu überdenken.

Katharina Wassiljewna trat ein.  
„Kommen Sie zu mir herüber,“ bat sie. „Wir wollen Thee trinken.“

Statt einer Antwort schlug Madjeschda Zwanowna die Hände vor das Gesicht und schluchzte.

Katharina Wassiljewna setzte sich zu ihr.

„Was weinen Sie immer, Herzchen! Es taugt nicht, so außer sich zu sein. Sie haben keinen Grund, sich abzuzamen. Danken Sie lieber Gott, dessen Wille es war, daß Sie von diesem Menschen frei wurden.“

„Daraüber weine ich ja nicht.“

„Sie werden sich erholen, mit irgend einer Arbeit sich beschäftigen und ohne Kummer leben. Ich will Ihnen erzählen, Herzchen, von meiner Bekannten, Frau Gratschew. Sie hatte ähnliches Unglück wie Sie, nur mit dem Unterschied, daß mit ihrem legitimen Mann nicht auszukommen war. Als ihr erster Mann starb, hinterließ er ihr ein hübsches Vermögen. Mit ihren acht Kindern hätte sie an keine zweite Heirat denken sollen. Sie aber vergaßte sich in einen jungen Menschen und bald darauf fand die Hochzeit statt. An ihrem Mann konnte sie sich nicht satt sehen, sie unarmte und küßte ihn jede Minute und machte ihm kostbare Geschenke. Die teuren Sachen, all die Ringe und Brillanten, nahm der Bursche und hatte dabei nur den Gedanken, seine Frau auszuplündern. Nach Verlauf eines Jahres kaufte sie ihm achthundert Desjätinen Land; bei der Geburt eines Kindes übergab sie ihm ihr ganzes Geld. Was kam dabei heraus? Der Gallente ließ Frau und Kinder ohne ein Stück Brot. Da erst kam sie zur Besinnung. Erst weinte sie, daß es zum Erbarmen war, und dann arbeitete sie. Jetzt beschäftigt sie sich mit Weißnäheret. Den größeren Kindern hat sie irgend welche Stellungen verschafft, die kleineren bringt sie mit ihrer Arbeit durch. Ich war bei ihr, und sah, wie sie wohnt. Eine kleine Wohnung, aber sauber, gar nicht so übel. Und die Kinderchen sind reinlich angezogen, wie sich gehört, die Knaben besuchen das Gymnasium. So ist, Herzchen Madjeschda Zwanowna. Ist alles vorüber und Sie machen sich an die Arbeit, dann werden Sie sich beruhigen. Kommen Sie zum Thee. Allein habe ich es langweilig. Ich mag nicht leiden, allein Thee zu trinken.“

Der Samowar stand bereits auf dem Tisch im Saal.

„Ich wußte, daß Ssemjon Zwanowitsch weder zu Tisch noch zum Thee zurück sein würde,“ sagte Katharina Wassiljewna, indem sie sich auf den Divan setzte und Thee machte. „Ich begreife gar nicht, Herzchen, welches Vergnügen die Männer am Schnapstrinken finden. Wir uns gehen täglich mehrere Flaschen auf.“

„Weil Sie ständig Gäste haben,“ erwiderte Madjeschda



# Gross-Ottersleben bei Ritter.

## Dienstag abend:

# Volksversammlung.

wurden durch die Bauverwaltung in öffentlicher Verdingung vergeben. Von den sich an der Verdingung beteiligenden Klempnermeistern wurde als niedrigste Summe 284,72 M. gefordert, dann folgen 284,79 M., 326,18 M., 341,51 M. und als höchste Forderung 420,77 M. Zwischen der höchsten und niedrigsten Forderung besteht ein Unterschied von 136,05 M., nahezu 50 Prozent. Die Dachbeder forderten 56,85 M., 67,50 M. und 69 M. Wer wird nun wohl diejenigen Klempner, welche so wenig forderten, in den Stand setzen, die Arbeit zu diesem Preis zu übernehmen. Entweder werden die Löhne der Arbeiter gedrückt oder am Material gespart, wenn nicht der höchste Submittent einen sehr hohen Preis angelegt hat.

**Zur Aufrechterhaltung der Ordnung** an der Steuerkasse der Altstadt wurden am Montag — 5 Feuerwehrlente kommandiert. Ob mit oder ohne Spritze ist uns nicht bekannt.

**Die Entwürfe für den Neubau eines städtischen Museums** sind, nachdem das zur Beurteilung der Entwürfe eingeleitete Preisgericht seine Arbeit beendet hat, im Bürgeraal des Rathhauses ausgestellt, allerdings vorläufig nur bis zum Mittwoch, den 17. August. Die Museumsentwürfe sollen aber nochmals 14 Tage lang der Beschichtigung zugänglich gemacht werden, worüber näheres noch amtlich bekannt gemacht wird.

**Öffentliche Vorträge für Damen** sollen im Winter gehalten werden. Beabsichtigt sind 4 Vortragszyklen und zwanzig Einzelvorträge. Ueber den Inhalt der Vorträge ist noch nichts näheres bekannt.

**Und der Elbe gezogen** wurde am Sonntag vormittag die völlig nackte Leiche eines Mannes. Wahrscheinlich hatte der Ertrunkene an verbotener Stelle gebadet und war hierbei ertrunken. Die Leiche, deren Identität noch nicht festgestellt ist, hat anscheinend nicht lange im Wasser gelegen.

**Unfälle.** Der Arbeiter K. ist bei Fort 8 (Petroleumlager) gefallen und hat dabei einen Beinbruch erlitten; K. wurde der allstädtischen Krankenanstalt zugeführt. Infolge der großen Hitze am Montag nachmittag wurde eine Frau in den mittleren Jahren in der Nähe des Panoramamas bestimmungslos und fiel zur Erde. Hilfsbereite Hände brachten sie in eine Droschke, um sie nach der allstädtischen Krankenanstalt zu bringen. Dortselbst fanden noch Aufnahme das kindermörderische L., welcher bei einem Sturze im Hause seiner Herrschaft beide Beine verstaucht hat und ein Arbeiter M., der sich beim Säcketragen eine Verstauchung des Kniegelenks zugezogen hat.

## Antifemistische Lügen.

Der Staatsbürger-Zeitung (in Magdeburg Sachsenhausen genannt) entnommen.

Die sozialdemokratische Brodbäckerei, die aus Anlaß des Hamburger Bäckerstreiks errichtet wurde, scheint keineswegs ein Eldorado der Arbeiter zu sein. Wie in allen sozialistischen Betrieben (man denke nur an die vielen verkrachten Konsumgenossenschaften, an die Genossenschafts-Brotfabrik etc.) ist die Behandlung der eigentlichen Arbeiter auch hier mit der Devise Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit absolut nicht im Einklang zu bringen. Die Zustände in einer dieser kommunistischen „Musteranstalten“ werden drastisch beleuchtet durch ein Schreiben, welches ein zur Zeit in Hamburg thätiger Berliner Bäcker an einen hiesigen (Berliner) Kollegen gerichtet hat.

„Du glaubst nicht,“ heißt es in dem Briefe, „wie sehr ich es bereue, an dem Streik teilgenommen zu haben. Doch was blieb mir weiter übrig? Ich kam arbeitslos nach Hamburg am Tage vor Ausbruch des Streiks. Hätte ich irgendwo bei einem Innungsmeister Arbeit angenommen, ich glaube, man hätte mich gehängt. Man hat mich dafür in eine Parteibäckerei geschoben, die mit dem Gelde aus Berlin gegründet wurde und an der eine Meßfirma beteiligt ist. (1) Du machst Dir keinen Begriff, wie es hier zugeht, die Rekruten in der Kasse haben es besser, als wir, die fortwährend angeknäuel werden. Wer sich beschwert, wird auf seine genossenschaftliche Parteidisziplin aufmerksam gemacht. Die trassesten Sätzüberungen, welche man von ausübenden Meistern gelesen, werden durch die hiesigen Vorgänge in den Schatten gestellt. Eine Wirtschast herrscht hier, wie in Polen. Jeder, der etwas zu sagen hat, kommandiert und was der eine befehlt, dirigiert der andere um. Lange kam die Herrlichkeit nicht mehr dauern, es ist eine Schande für die Partei, daß so etwas gebildet wird. Alle Grundzüge der Menschlichkeit werden hier mit Füßen getreten; ich bin überzeugt, daß das Ganze nur ein Geschäftsmanöver ist, um die Taschen gewisser Leute zu füllen.“

Der Brief schließt mit der Mahnung an die hiesigen Gesellen, sie möchten sich vor unüberlegten Schritten hüten.

Das Hamburger Echo bemerkt zu diesem Schreiben: „Zunächst existieren in Hamburg „sozialdemokratische Brotbäckereien“ überhaupt nicht. — Erste Lüge. — Damit fällt das verlogene Gefasel von der Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ in diesem Punkte in sich selbst zusammen. Nach Angabe der Innungsmeister arbeiten bei denselben einige hundert Gesellen, denen niemand ein Haar krümmt. Die Behauptung: „hätte ich irgendwo bei einem Innungsmeister Arbeit angenommen, man hätte mich gehängt“, erweist sich somit ebenfalls als (zweite) Lüge. Was noch nach bleibt, ist eine einzige Kette von frechen Lügen, wie sie den „Deutschen“ nun einmal eigen sind. Die Innungsmeister haben sich förmlich um brauchbare Gesellen gerissen, so daß kein solcher, wenn es ihm in den Bäckereien, in denen die Forderungen der Bäckergesellen respektiert wurden, nicht gefiel, nötig hatte, dort zu verbleiben. Entweder ist der obige angebliche Brief eine feine „deutsche“ Erfindung,

was wir als das Wahrscheinlichste erachten, oder der Briefschreiber ist ein kompletter „deutscher“ Lügenpeter erster Güte.“

## Nachrichten aus der Provinz.

**Barleben.** (Brand eines Kornfeldes.) Am Sonntag nachmittag geriet ein zwischen Barleben und Weisendorf an der Bahn gelegenes Kornfeld plötzlich in Brand. Das Feuer verbreitete sich, da die Stoppeln mitbrannten, sehr schnell von einer Garbe zur anderen und bald stand das ganze Feld in Brand. Die Ursache des Brandes ist noch nicht genau festgestellt.

**Salze.** (Lebensmittelfälscher.) Ein hiesiger Schlachter L. verstand es, sich von einem auswärtigen Abnehmer Fleisch von einem an der Tuberkulose verendeten Schwein zu verschaffen, in der Absicht, dasselbe in den Handel zu bringen. Glücklicherweise erhielt die Polizei Wind von dem sauberen Handel, ehe das Fleisch verkauft wurde und beschlagnahmte dasselbe. Fleischer und Abnehmer erhalten hoffentlich eine exemplarische Strafe, die für diese Schweinerei wohl am Platze ist.

**Gefurt.** (Aus der Stadtverordnetenversammlung.) Zu einer erregten Auseinandersetzung kam es in der letzten Stadtverordnetenversammlung zwischen dem Oberbürgermeister und einem Stadtverordneten. Der Magistrat hatte beantragt, 7500 Mark zur Renovierung eines Denkmals zu bewilligen. Dem widersprach ein Stadtverordneter, der darauf hinwies, man könne das Geld besser gebrauchen zur Verbesserung der Beamtengehälter. Dieser vernünftige Standpunkt brachte dem Redner den Vorwurf der Aufregung von Seiten des Oberbürgermeisters ein. Natürlichweise replizierte der Stadtverordnete auf diesen Vorwurf und zwar in einer Form, welche an Entschiedenheit und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Das Ende vom Liede war jedoch, daß die Vorlage des Magistrats angenommen wurde.

**Gros-Ottersleben.** (Dienstag abend Volksversammlung im Mitterschen (nicht Strumpffischen) Lokale. Jeder Leser der Volksstimme sei zur Stelle.

**Röhe.** (Feuersbrunst.) Ein Schadenfeuer zerstörte auf der Kirchstraße fünf Wohnhäuser mit Ställen und Scheunen. Beim Löschen verletzten sich einige Personen.

**Reinickd.** (Verunglückter Radfahrer.) Am Sonntag nachmittag fand ein Driebülbürger Radfahrer einen anderen Driebülbürger Radfahrer in der Nähe des Bahnhofs Reinickd schwer verletzt auf. Der Verunglückte wurde von Reinickd sandte mehrere Leute zur Unfallstelle, welche den Schwerverletzten holten.

## Nachrichten aus dem Reiche.

**Berlin.** (Nord) Sonntag früh wurde die unberechtigte, 79 Jahre alte Amalie Weinkauff in ihrer Wohnung, Kopenstraße 74, tot aufgefunden, anscheinend erdrosselt. Als mutmaßlicher Täter ist der Tischler Franz Gölcher festgenommen.

**Dortmund.** (Ertrinken.) Drei junge Leute, welche auf dem Dortmund-Hafen ruderten, fielen ins Wasser, weil das Boot kenterte und ertranken. Ein Vierter konnte sich retten.

**München.** (Mord eines Touristen.) Ein Berliner Tourist, welcher aus Anlaß der Hauptversammlung des deutsch-österreichischen Alpenvereins in München weilte, stürzte von der Burgmauer in den Burggarten und war sofort tot.

**Waldburg.** (Wieder ein Vergungslid.) Auf der Küllmischen Segen Gottesgrube verunglückten vier Bergleute tödlich durch Verschlagen einer Einstiege des Fährtores.

**Hiegenhain.** (Selbstmord eines Bürgermeisters.) Nach einer Gemeindeversammlung, in welcher der Bürgermeister wegen der in der Ausführung begriffenen Wasserversorgung und ihrer Kosten scharf angegriffen worden war, erhängte sich derselbe.

## Kleine Chronik.

In Liverpool brannte ein Logishaus für Matrosen verunglückter Nationalität nieder. Bei dem Brande verunglückten vier Matrosen.

Eingestürzt ist in Marasillye in Ungarn die im Bau befindliche katholische Kirche. Drei Personen wurden getötet, fünf schwer und zahlreiche Arbeiter leicht verletzt. Der an dem Unglück schuldtragende Baumeister wurde verhaftet.

Ein Gutsbesitzer stürzte von einem abschüssigen Mattenhang der hochgelegenen Lanteralpe ab. Er überschlug sich mehrmals und erlitt einen Schädelbruch und mehrere Rippenbrüche.

Orkanartige Stürme, die mit Wolkendröhen und Gewittern verbunden waren, wütheten am Sonntag und Montag im Gouvernement Plocu. Eine große Anzahl Häuser wurde abgedeckt und fortgerissen. Viel Vieh ist umgekommen. Weiden wurden zerstört, Bäume entwurzelt; auf den Feldern noch stehendes Getreide wurde vernichtet. Nach den bisherigen Ermittlungen sind der Post zufolge 23 Personen vom Vieh getötet worden.

## Bereine, Versammlungen, Vergütungen.

Auf die Dienstag abend im Mitterschen Lokale in Ottersleben tagende Volksversammlung, in der Albert Schmidt einen Vortrag hält, sind die Leser der Volksstimme nochmals aufmerksam gemacht.

**Gefangener Groß-Ottersleben.** Donnerstag, den 18. August, abends 8 Uhr, Übungsstunde bei A. Waack.

**Vorführende Anzeige.** Achtung! Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Unsere Mitglieder-Versammlung findet am Sonntag, den 20. August statt. Vortrag des Genossen Otto Böck.

**Der Bezirksverein der Post- und Telegraphenunterbeamten** im Oberpostdirektionsbezirk Magdeburg hält am 4. September seinen Bezirkstag in Dessau, im evangelischen Vereinshaus ab. Da sehr wichtige Punkte zur Besprechung kommen, ersucht der Vorstand die Vertrauensmänner, pünktlich zu erscheinen, ebenso werden die Mitglieder aufgefordert, sich recht zahlreich am Bezirkstag zu beteiligen. Der Eintritt zur Versammlung ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

**Salze.** Am Sonntagabend tagte im Saale der Reichstapelle eine von über 500 Personen besuchte Volksversammlung, in der Albert Schmidt-Magdeburg über Bismarck und die Sozialdemokratie referierte. Die Bismarckreferate, die in die Welt posanten, nur die sozialdemokratischen Federheften, die Geher und Volkswirtschaftler großen der Bismarckischen Politik, konnten in der Versammlung lernen, wie sehr auch in dieser Frage die Arbeiter mit den Gegnern übereinstimmen. Die Versammlung war auch von Gegnern besucht.

**Mittwoch, 17. August:** Arbeiter-Gefangener „Gleichheit“, Kl.-Ottersleben. Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde bei Restaurateur Mylius.

**Circus-Theater.** Ps. Das Publikum, welches gestern abend zu Ehren Hugo Hochgenuths erschienen war, ist gewiß sehr bejubelt worden. Nicht allein

haben die adligen Künstler ihre volle Schuldigkeit und erstreuten das Publikum durch großes Aufstreben, auch der genannte Humorist hat wieder mit verschiedenen neuen Schlägen vor seine Anhänger, die ihm auch reichlich Beifall zollten. Die größte Überraschung bot sich jedoch in der Aufführung der „Jagd nach dem Wild“, denn die Herren Jacoby und Hochgenuth hatten noch früher innegehalten Rollen vertauscht, und jeder erledigte sich seiner schwierigen Aufgabe in der vollkommensten Weise. Wir glauben, daß der Benefizant mit dem guten Besuch des gestrigen Abends sehr zufrieden ist und rufen ihm ein „Auf Wiedersehen!“ zu.

## Letzte Nachrichten.

**Mannheim.** Das vier Jahre alte Söhnchen des Schiffers Martin Bauer fiel von dem Schiff „Olga“ in den Redar und sank sofort unter. Die zwölfjährige Schwester des Kindes bemerkte den Unfall und sprang, um das Kind zu retten, in das Wasser. Dem verletzten Mädchen gelang es auch, ihr Verdrängen den Fluten zu entreißen, jedoch waren die sofort angeordneten Wiederbelebungsversuche leider fruchtlos; das Kind war tot.

## Briefkasten.

**W., Bückau.** Ihre Frage wird durch die Police beantwortet. Lesen Sie dieselbe aufmerksam durch. — **Waler.** Wir haben davon Notiz genommen, daß der pp. Weiser in Kasse als Schwindler entlarvt worden ist. — **Wag.** Aus der heutigen Nummer ersehen Sie, daß die Mitteilungen der St. sinkend erlogen sind; erlogen sind auch die der D. W. nachgedruckten Berichte. Hinzumedeckelt sich wahrlich recht schlecht ein Blatt zusammenschneiden. — **M.** Unbeglückter ist das Gemammere der Antifemisten, die sich wegen der Zurücksetzung beim Arrangement der Bismarckfeier beleidigt fühlen. Wie man aber auch so eine Rabautolonne von einer so herrlichen Feier ausschließen konnte. — **Bismarck,** der Schilling Weidobers und dessen Anhang, wäre sicherlich tief verletzt worden. — **Gommern.** Die Ueberführung von Anstichtpostarten, so gut sie auch gemeint ist, hat keinen Zweck. Sie werden den Gefangenen erst bei ihrem Abgange eingeschickt. Es liegt im Interesse der Inhaftierten und der Gefängnisverwaltung, wenn diese Gefänge guter Freunde unterbleiben. — **Genossen in „.“** Zur Zeit redigiert Herr Nielsen, wohnhaft Amate. 8 II, die Magdeburgische Zeitung.

## Auskunft in Rechtsachen.

**W. W., Neustadt.** Der Klage auf Ehescheidung muß regelmäßig eine Sühneverfügung vorausgehen. Davon kann nur unter besonderen Voraussetzungen abgesehen werden. Wird die Ehescheidungsklage auf bösliche Verlassung gestützt, so ist auch der vorgängige Etsch eines Richterbefehls erforderlich. Die Klage kann, da sie beim Landgericht anhängig zu machen ist, nur von einem Rechtsanwalt angekreuzt werden. — **L., Sudenburg.** Aus Ihrer Darstellung geht nicht hervor, ob der Betreffende sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat. Dies würde nur der Fall sein, wenn er sich irgend welche Vermögensvorteile für seine Besprechungen gewähren ließe. In diesem Falle könnten Sie ihn bei der Staatsanwaltschaft anzeigen. Einen anderen Weg, ihn unschädlich zu machen, gibt es nicht.

**Eingegangen:** Groß-Ottersleben (Versammlungbericht). — Verhandlungen des 4. Verbandstages des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

## Zur Stadtverordnetenwahl.

Die Liste der stimmfähigen Bürger liegt bis zum 30. d. Mis., nachmittags 5 Uhr, in folgenden Lokalen aus: Wahlbezirk Magdeburg-Altkstadt (einschließlich Wilhelmstadt, Friedrichstadt und Werber): Steuerbureau, Spiegelbrücke 1, I. Wahlbezirk Magdeburg-Sudenburg und Magdeburg-Neustadt (Alte und Neue Neustadt): im Steuerbureau des Rathhauses. Stimmfähige Bürger, welche die Wählerlisten nicht einsehen können, wollen ihre Adressen an nachbenannten Stellen niederlegen:

Wahlbezirk Magdeburg-Altkstadt. Expedition der Volksstimme, Breiteweg 127. Wahlbezirk Magdeburg-Sudenburg. Restaurateur Franz Königstedt, Schönningerstraße. Wahlbezirk Magdeburg-Neustadt. Restaurateur Fr. Kellner (Neue Neustadt), Leopoldstraße 13. — Restaurateur Emil Stiller (Alte Neustadt), Mogäkerstraße.

Außerdem wollen die Arbeiter in den Werkstätten, Fabriken und Haushaltungen die Einsicht der Wählerlisten organisieren.

**Wahlberechtigter** ist jeder selbständige Einwohner mit einem Einkommen von 660 Mark, der Preusse und 24 Jahre alt ist, seit einem Jahre in Magdeburg wohnt und seit einem Jahre keine Armenunterstützung erhalten hat. Chambregarnisten sind selbständig und daher wahlberechtigt.

Außerdem sind seitens der sozialdemokratischen Partei Wählerlisten angefertigt. Dieselben liegen aus im Wahlbezirk Magdeburg-Sudenburg bei Restaurateur Franz Königstedt, Schönningerstraße 28;

Wahlbezirk Magdeburg-Neustadt (Alte und Neue Neustadt) bei Restaurateur Fr. Kellner, Neue Neustadt, Leopoldstraße 13.

Im Wahlbezirk Sudenburg sind 4717, im Wahlbezirk Neustadt 7018 Wähler vorhanden. (Die Wählerzahl im Wahlbezirk Magdeburg-Altkstadt hat noch nicht festgestellt werden können.)

Parteiengenossen! Auf zur Agitation! Mittwoch abend im Dreikaiserbund.

Mur kostet der Meter, so lange Vorrat reicht.

# 1 ECHT Lindener Sammet

An blau, braun, grün, bordeaux und schwarz (Original-Fabrikpreis) bei 1734

## Mart G. Gohse, Johannisfahrstr. 14.

### Möbel, Spiegel, Polsterwaren

reelle Arbeit, empfielt

**G. Dittmar, Tischlermeister**  
Tischlerkugstraße 26. 522

Ranarien-Weischen kauft fortwährend  
**S. Tischler, Annastraße 25.**

Große Futterstühle und Ferkel zu verk.  
Fuchsberg 3a (Rathhalspalast) 519

**Lebecott, Referend. a. D. Rechtsbureau**  
Prälatsstr. 1, Haus v. Br. Weg. Münd.  
Beopr. 1—1.50 M. bei Obj. bis 1000 M.

### Männer-Turn-Verein Dodendorf.

Sonntag, den 21. August, findet im Lokale des Gastwirts Herrn H. Köhler unser diesjähriges Sommer-Vergnügen statt, wozu alle Freunde des Turnwesens herzlich willkommen sind.

Der Vorstand.

Anständiges Logis billig zu vermieten.  
Tischlerkugstraße 22, v. I.

Freundl. möbl. Zimmer, Woche 3 Mk. Pfleisersberg 9, 2 Tr. Meiner.

Heinrichstraße 26, G. v.

Magdeburg, einz. Gebäude, 20 Sing.

Alten billig & verkauf. Sothstraße 17, part. I.



# Bei dieser Hitze

stelle ich **Jacketts** für Herren und Knaben  
**sämtliche Leichten**  
**spottbillig zum Ausverkauf!**

**Julius Lange**

nur: **Br. Weg 147**  
**Ecke**  
**Georgenplatz**

**Zu haben**  
in den meisten Kolonialwaren-, Drogerie- und Seifen-Handlungen.

**Dr. Thompson's Seifenpulver**



ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste 1814

**Waschmittel der Welt.**

Man achte genau auf den Namen „Dr. Thompson“ und die Schutzmarke „Schwan“.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

**Gesucht werden:**

Unentgeltlicher Arbeitsschweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Stellmacher, Tischler, Schmiede, Ofenseher, Feilenhauer, Schuhmacher, Klempner, Tapezierer und Polsterer, Buchbinder auf Kontobücher, Hausbuche, Wickelmacherinnen und Dienstmädchen.

**Es suchen Stellung:**

Unentgeltlicher Arbeitsschweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher, Hobelisten, Schleifer, Feizer und Maschinisten, Wälzler, Drechsler, Cigarrenmacher und Arbeiter für jede Arbeit.

## Mohr'sche Margarine

aus der Fabrik v. A. L. Mohr in Altona-Bahrenfeld  
 Jahresproduktion 32 Millionen Pfund, besitzt nach Gutachten erster deutscher Chemiker denselben Nährwert und Geschmack wie gute Naturbutter und ist als billiger und vollständiger Ersatz für feine Butter zu empfehlen, sowohl zum Aufstreichen auf Brot, als zu allen Küchszwecken.  
 Stets frisch zu haben in dem Spezial-Geschäft von Fabrikaten aus der Fabrik von

A. L. Mohr, Altona-Bahrenfeld  
 Inhaber:

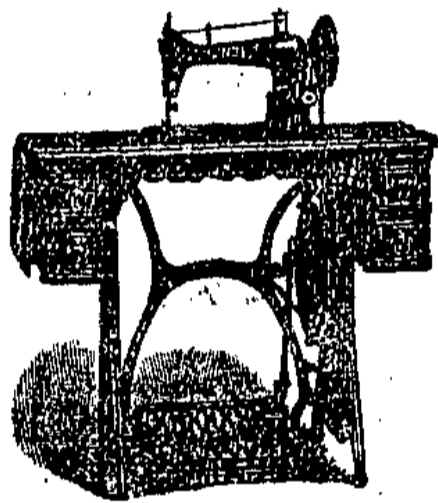
**Aug. Schmidt**

Fernersleben, Schönebeckerstraße 34.

Ferner mache ich meine werten Kunden darauf aufmerksam, daß ich mit dem heutigen Tage

**sämtliche Materialwaren**

zum äußerst billigen Preise zur Abgabe bereit halte.



**Singer Nähmaschinen** sind mustergetreu in Konstruktion u. Ausführung.  
**Singer Nähmaschinen** sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Industrie.  
**Singer Nähmaschinen** sind in allen Fabriksbetrieben die meist verbreitetsten.  
**Singer Nähmaschinen** sind unerreicht in Leistungsfähigkeit und Dauer.  
**Singer Nähmaschinen** sind für die moderne Kunststickerei die geeignetsten.

**Kostenfreie Unterrichtskurse, auch in der modernen Kunststickerei.**

Die Nähmaschinen der Singer Co. werden in mehr als 400 Sorten von Spezial-Maschinen für alle Fabrikationszweige geliefert und sind nur in unseren eigenen Geschäften erhältlich.

**Singer Co. Akt.-Ges., Br. Weg 53.**

(Erläuterung: G. Neidlinger).

Comptoir und Lager:

Bismarckstraße 33, Ecke der Lauenzienstraße.

**Küchensettel der Magdeburger Volkstischen**  
**Gr. Marktstr. 2 und Schmidstr. 61.**  
 Mittwoch: Wirsingsohl mit Rindfleisch.  
 Donnerstag: Erbsensuppe mit Rippenst.   
 Freitag: Gurkenalat mit Salzkartoffeln und Bratwurstklößen.  
 Sonnabend: Reisuppe mit Rindfleisch.

**Küchensettel des Lehrerinnen- und Damenheims, Breitenweg 82, 1 Tr.**  
 Mittwoch: Legierte Suppe, Leder mit Kartoffelbrei.  
 Donnerstag: Kalte Schale, gefüllte Kalbsbrust, Kartoffeln.  
 Freitag: Brühsuppe mit Fleisch, Schellfisch mit Mostrihbutter, Salzkartoffeln.

### 30 Kleiderschränke u. Vertikows

werden einzeln mit einer Anzahlung von 5 Mark und wöchentlicher Abzahlung von 1 Mark an abgegeben. 2011

**S. Osswald**  
 Ulrichstr. Nr. 14  
 1. Etage  
 gegenüber der Ulrichstr.

### Walhalla-Theater.

780 Täglich Künstler-Spezialitäten-Vorstellungen.

### Viktoria-Theater.

**Mittwoch, den 17. August 1898:**  
 Erstes Gastspiel des Königl. preuß. Hof-schauspielers Herrn Adolf Klein.  
**Der Probepfeil.**  
 Lustspiel in 4 Akten von Oskar Blumenthal.  
 Leopold v. Egge — Herr Adolf Klein.

**Donnerstag, den 18. August 1898:**  
**Der Weineidbauer.**

Als Verlobte empfehlen sich:  
**Emma Ebert**  
**Julius Schulz.**

Sudenburg, den 15. August 1898.

### Todes-Anzeige.

Sonntag nachmittag 4 1/2 Uhr verschied nach langem schweren Leiden meine innigst geliebte Frau und unsere gute Mutter

**Friederike Niemann**

geb. Gormer verw. Fehseler im 56. Lebensjahre.  
 Dies allen Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte um kühles Beileid.

Karl Niemann nebst Kindern.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittag 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Kirchhofes aus statt.

### Anna-Bad.

Dem geehrten Publikum von Magdeburg und Umgegend diene zur Nachricht, daß ich neben meiner Schwimm- und Bade-Anstalt alle Vorrichtungen getroffen habe, um den Ansprüchen der Naturheilmethoden voll und ganz genügen zu können.  
 In meiner Anstalt sind erhältlich: Ruff- und röm. Bäder, Kapsendampf- und Kapsenheißluftbäder, Dampfbäder, Einpackung, Kneippgüsse, Sitz- und Wannenbäder und sämtliche Medizinalbäder zc. 510

Die Einrichtung entspricht der Neuzeit. Die Behandlung ist sachgemäß und wird von mir und meiner Frau ausgeführt.  
 Magdeburg-Neustadt, Hospitalstraße 13.  
**Fr. Gunzenheim.**

Ich nehme die Beleidigung gegen die Frau Wenzel an und erkläre dieselbe für eine ehrenhafte Frau.

### Standesamt.

Sudenburg, 15. August.

**Eheschließungen:** Schlosser Karl Kühle mit Anna Weber hier, Tischlermeister Robert Wadernagel in Neustadt mit Bertha Hartwig hier, Arbeiter Otto Franke mit Emma Dberg hier.

**Geburten:** Charlotte, T. des Ingen. Hugo Müsch, Fritz, S. des Arbeiters Friedrich Gähz, Hermann, S. des Arb. Hermann Ribach, Emmy, T. des Maurers Wilhelm Jacob, Hedwig, T. des Kuffsch. Heinrich Weber, Charlotte Anna Ida, unehel. Pauline, T. des Schlossers Josef Engler.

**Todesfälle:** Paul, S. des Fabrikarbeiters Richard Landgraf, 3 M. 12 T. Friedrich Zippel, Vorarbeiter, 58 J. 5 M. 15 T. Bertha, geb. Sabisch, Ehefrau des Schlossers Wilhelm Herz, 23 J. 3 M. 11 T. Fritz, S. des Arbeiters Friedrich Köppe, 6 M. 28 T. Else, T. des Schlossers Walter Sommerlade, 4 J. 4 M. 12 T. Frieda, T. des Arbeiters Gust. Hesse, 11 T.

Buckau, 15. August.

**Geburten:** Anna, T. des Formers Ludwig Purzell, Rosalie, T. des Formers Franz Wollstor. Marie, T. des Arbeiters Paul Westhoff.

**Todesfälle:** Elisabeth, T. des Hilfswagenmeisters Hermann Wanke, 3 M. 10 T.

### Inserate

sowie **Abonnements**

auf die **Volksstimme**

nimmt entgegen **Albert Vater**

Kolporteur  
 Buckau, Coquiststraße 18, Hof, 2 Tr.

**Hermann Liebau**  
 Breiteweg 127 &  
 Gr. Schloßbergstr., sowie 1. Schloßbergstr.  
 liefert an jedermann

**Waren u. Möbel**  
 auf  
**Abzahlung**  
 mit kleiner Anzahlung und teilweisen  
 Zahlungen

Stilles Unternehmen dieser Art.



## Zaures über die Affaire Dreyfus.

In seinem zweiten Artikel beschäftigt sich Zaures mit dem Geständnis, das Kapitän Dreyfus am Tage seiner Degradation im Gespräch mit dem Kapitän Lebrun-Renaud abgelegt haben soll. Dieses angebliche Geständnis ist nämlich das letzte Auskunftsmittel der Gegner des Kapitän Dreyfus. Wenn man ihnen vorhält, daß das Vorbereau, auf Grund dessen Dreyfus verurteilt worden ist, nicht von diesem, sondern von Esterhazy herrührt; daß von den drei „geheimen“ Dokumenten, denen der Kriegsminister Cavaignac volle Beweiskraft beimisst, zwei überhaupt nicht in Beziehung zu Dreyfus gebracht werden können und das dritte eine plumpe Fälschung ist — so erwidern sie einfach: „Wozu über einzelne Beweismittel streiten, da doch Dreyfus ein Geständnis abgelegt hat?“

Zaures weist nun zunächst nach, daß es — von anderen Gründen vorläufig abgesehen — schon aus psychologischen Gründen höchst unwahrscheinlich ist, daß Dreyfus dieses Geständnis abgelegt haben sollte. Dreyfus hat nämlich sonst bei allen Gelegenheiten entschieden seine Unschuld beteuert und seine Freunde wiederholt aufgefordert, nicht zu ruhen, bis die Wahrheit aus Licht kommt. Kein einziges Mal hat er seine Schuld eingestanden oder auch nur eine Reue ausgesprochen, die im Sinne eines Geständnisses hätte gedeutet werden können. Während seiner Untersuchungshaft gab man sich alle Mühe, von ihm ein Geständnis zu erlangen. Man versuchte ihn in eine Falle zu locken, aber vergeblich. Der Major Du Paty de Clam sagte ihm zum Beispiel, der Minister sei von seiner Unschuld überzeugt; er glaube, daß Dreyfus sich nur einer Unbesonnenheit schuldig gemacht und wertlose Dokumente an das Ausland abgegeben habe, um dafür andere, für Frankreich wertvolle Papiere zu bekommen. Dreyfus erklärte, er sei unschuldig und habe nicht einmal eine Unbesonnenheit begangen. Kurz, es war unmöglich, ihm ein Geständnis zu entreißen und in der Anklageschrift war auch von seinem „harmlosen Zeugnis“ die Rede. Nach der Verurteilung versuchte Du Paty de Clam nochmals sein Glück, aber wieder ohne Erfolg. Dreyfus erklärte, daß er unschuldig sei, und dabei blieb er. Als ihm die militärischen Ehrenzeichen abgenommen wurden, rief er mehrmals aus: „Ich bin unschuldig!“ In den Briefen, die er aus dem Gefängnis und später von der Teufelsinsel an seine Frau und seinen Verteidiger schrieb, kehrt diese Behauptung beständig wieder. Und immer wieder bittet Dreyfus seine Angehörigen, nach den Beweisen seiner Unschuld zu suchen.

Gegenüber diesen fortwährend wiederholten Beteuerungen seiner völligen Unschuld nimmt sich das Geständnis, das Dreyfus unmittelbar vor seiner Degradation dem Kapitän Lebrun-Renaud gemacht haben soll, ziemlich sonderbar aus. Wenn Dreyfus schuldig war, so wollte er — das zeigt sein unerschütterliches Zeugnis — wenigstens unschuldig erscheinen. Warum hätte er also ohne jeden denkbaren Grund plötzlich aus seiner Rolle fallen und ein Geständnis machen sollen?

Auf diese Frage lassen sich aber die Gegner Dreyfus nicht ein. Warum Dreyfus gestehen hätte sollen, ist ihnen gleichgültig, es genügt, daß er tatsächlich gestanden hat. Der Bericht über sein Gespräch mit dem Kapitän Lebrun-Renaud befindet sich in den Händen des Kriegsministers, Cavaignac hat ihn in der Kammer dreimal citiert, aber jedesmal in einer anderen Fassung. Am 13. Januar sagte er in einer Interpellation (Cavaignac war damals noch nicht Minister): „Dreyfus hat zu einem Offizier bei seiner Degradation gesagt: Wenn ich einer fremden Macht Dokumente geliefert habe, so habe ich es in der Hoffnung gethan, dafür andere zu bekommen.“ Der Offizier war von diesem Geständnis so überrascht, daß er einem Kriegsminister einen Bericht erstattete. Wir haben also über diese Worte eine zu gleicher Zeit gemachte Zeugenausgabe. Einige Tage später mußte er aber erklären, daß die Worte Dreyfus beglaubigt seien durch einen Brief des General Gonse (der kein Ohrzeuge war) an seinen Vorgesetzten vom 5. Januar 1895 und durch ein später ausgestelltes Attest des Kapitän Lebrun-Renaud. Dieses Attest wurde allerdings „später“ ausgestellt, nämlich im Oktober oder November 1897, als der Generalstab bereits eifrig auf der Suche nach beweiskräftigen Dokumenten war. In dem Briefe des General Gonse lautet das „Geständnis“ aber etwas anders als in der Rede Cavaignacs, nämlich: „Der Minister weiß, daß ich unschuldig bin (er hat es mir durch den Major Du Paty de Clam sagen lassen), und er weiß, daß, wenn ich Dokumente an das Ausland abgegeben habe, ich es in der Hoffnung gethan, dafür andere, wertvolle zu bekommen.“ Weitläufig denselben Wortlaut des Geständnisses hat Lebrun-Renaud am Tage nach der Degradation in sein Notizbuch eingetragen, dazu aber bemerkt, daß Dreyfus behauptet habe, in drei Jahren werde seine Unschuld an den Tag kommen.

Zaures untersucht nun dieses Geständnis. Er zeigt zunächst, daß der in der Kammer von Cavaignac citierte Text (Wenn ich Dokumente an das Ausland abgegeben habe etc.) aus dem Zusammenhang gerissen ist und daher nichts beweist. Er zeigt sodann, daß die Worte Dreyfus auch nicht so gelaunt haben können, wie sie in dem Brief des General Gonse und in den Aufzeichnungen des Majors Lebrun-Renaud lauten. Denn Dreyfus hat in dem Gespräch mit Lebrun-Renaud auch gesagt: „Ich habe nicht einmal eine Unbesonnenheit begangen; ich bin völlig unschuldig.“ Und beweist dann, daß Dreyfus nur folgendes gesagt haben kann: „Der Minister weiß, daß ich unschuldig bin. Er

hat es mir sagen lassen. Er glaubt (nicht: er weiß), daß ich Dokumente ausgeliefert habe, um andere dafür zu bekommen. Aber ich habe auch das nicht gethan, ich bin völlig unschuldig.“ Lebrun hat statt „glaubt“ gehört oder verstanden: „weiß“. Anfangs hat man übrigens seinem Bericht noch gar keine Bedeutung beigemessen; man hat nicht einmal den Versuch gemacht, Dreyfus zur Wiederholung seines „Geständnisses“ zu bewegen. Erst als sich der Generalstab nicht mehr anders zu helfen wußte, setzte er sein ganzes Spiel auf diese eine Karte.

Daß also Dreyfus kein Geständnis abgelegt hat, ist gewiß; er hat immer seine Unschuld beteuert; und daß er tatsächlich unschuldig ist, will Zaures in seinem nächsten Artikel beweisen.

## Aus der Parteibewegung.

### Zur Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen.

Das Für und Wider der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen ist gegenwärtig in der Parteipresse der Gegenstand lebhafter Erörterungen. Wir werden in der Folge unter dieser Ueberschrift Präzissen der verschiedensten Parteizeitungen unsern Lesern zur Kenntnis bringen. Unsere eigene Stellungnahme zu dieser Frage behalten wir uns vor, bis die Parteigenossen des Wahlkreises Magdeburg über diese Angelegenheit entschieden haben.

**Vorwärts.** Nach einer längeren Diskussion in der Partei und einer längeren Debatte auf dem letzten Parteitag (in Hamburg) wurde am 9. Oktober des vorigen Jahres von dem Parteitag folgender Beschluß gefaßt:

Die Beteiligung an den nächsten preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen. Inwieweit eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse. Kompromisse und Bündnisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden. Der Beschluß war ein Kompromiß zwischen denjenigen, welche im Interesse der Partei ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit bürgerlichen Oppositionsparteien gewünscht hatten, und zwischen denen, welche es im Interesse der Partei für notwendig hielten, daß jedes Bündnis und jeder Kompromiß mit bürgerlichen Parteien ausgeschlossen werde.

Einig war man auf dem Parteitag, und einig ist man auch heute in der gesamten Partei darin, daß es für uns von Vorteil ist, die Wahl reaktionärer Junker und Vagabunden zu verhindern. Und einig waren und sind wir alle darin, daß es ein erstrebenswertes Ziel wäre, durch Verhinderung der Wahl von Junkern und sonstigen Reaktionären die Bildung einer reaktionären Landtags-Majorität zu verhindern.

Von allen, die für die Beteiligung der Partei an den Landtagswahlen eintreten, ist dies als Ziel hingestellt worden. Und kein Genosse hat die Berechtigung dieses Zieles bestritten.

Einig ist man auch darin gewesen — wenigstens haben alle Genossen, die für die Beteiligung eingetreten sind, sich in diesem Sinne ausgesprochen —, daß die Sozialdemokratie aus eigener Kraft, ohne Hilfe einer anderen Partei, unter dem „elendesten aller Wahlsysteme“ keinen sozialdemokratischen Kandidaten für den preussischen Landtag durchbringen kann.

Was nun die Art der Beteiligung angeht, so waren die Vertreter der Beteiligung zweierlei Meinung: die einen wollten, daß die Genossen im ersten Gang selbständig vorgehen, und erst im zweiten Gang — ähnlich wie bei der Reichstags-Stichwahl — für die Wahlmänner beziehentlich Kandidaten der Oppositionsparteien stimmen. Die anderen wollten, daß unsere Genossen, bei der völligen Ausichtslosigkeit, eine ausreichende Zahl von sozialistischen Wahlmännern zu erlangen, sofort, gleich im ersten Gang für die bürgerliche Opposition stimmen sollten.

Nachdem aber der Parteitag durch Acclamation, auf die Anfrage Singers, erklärt hat, daß „nur durch Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmänner in die Wahl eingetreten werden kann“, wäre eine Stimmabgabe für Wahlmänner bürgerlicher Parteien gleich im ersten Wahlgang ein Verstoß gegen den Parteitagbeschuß.

Fassen wir nun den Beschluß selbst etwas näher ins Auge.

„Die Beteiligung — — — ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen.“

Was heißt „ermöglichen“? „Möglich“ ist die Beteiligung überall; es giebt keinen Landtagswahlkreis mit sozialdemokratischen Urwählern, in dem die Beteiligung nicht „möglich“ wäre. Und da es in allen Wahlkreisen Sozialdemokraten giebt, so ist folgerichtig auch in allen die Beteiligung „möglich“. Dies hat der Parteitag aber nicht aussprechen wollen, denn das wäre ein Unsinn. Was er aussprechen wollte, und allein aussprechen konnte, weil es den Kernpunkt des ganzen Beschlusses bildet, das ist:

Die Beteiligung ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen mit Aussicht auf Erreichung des Zweckes: Verhinderung der Wahl von Reaktionären, ermöglichen.

Das ist unzweifelhaft der Gedanke des Parteitages gewesen, und das allein hat überhaupt auch einen Sinn.

Denselben Sinn hat das Wort „möglich“ auch in dem folgenden Satz, und kann bloß denselben Sinn haben.

Um diese Möglichkeit handelt es sich; und da in den verschiedenen Wahlkreisen die Dinge verschieden liegen, sodas von einer gemeinsamen Vorschrift für alle Wahlkreise die

Rede nicht sein kann, so hat der Parteitag das einzige gethan, was vernünftigerweise zu thun war: er hat es den Genossen der einzelnen Wahlkreise überlassen, oder, vielleicht richtiger ausgedrückt: zur Pflicht gemacht, nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse zu entscheiden, ob eine Wahlbeteiligung möglich ist, das heißt, ob durch Beteiligung der Sozialdemokratie innerhalb der vom Parteitag gezogenen Schranken es möglich ist, die Wahl reaktionärer Landtagsabgeordneten zu verhindern.

Diese Pflicht muß nun von den Genossen der einzelnen Wahlkreise auch erfüllt werden. Nach der harten Reichstagswahl-Kampagne war freilich einiges Ausruhen notwendig; und der Vorwurf, daß die Genossen faulselig seien, war nicht begründet. Allein nun ist auch keine Zeit mehr zu verlieren, weil die preussischen Landtagswahlen in sehr kurzer Frist anberaumt sein können. Und die Partei würde sich lächerlich machen, wenn sie nach den langen und zum Teil hitzigen Debatten über die Stellungnahme zu den preussischen Landtagswahlen schließlich von den Landtagswahlen überrascht würde, ehe die einzelnen Wahlkreise sich über ihre Stellungnahme schlüssig gemacht.

Dieser Gefahr und Blamage dürfen wir uns nicht aussetzen. Das Argument, welches man hier und da gebietet hat: durch die schäbige und reaktionäre Haltung der bürgerlichen Oppositionspartei bei der heurigen Reichstagswahl sei die Frage der Beteiligung erledigt und gegenstandslos geworden, ist natürlich nicht ernst zu nehmen. Daß die Fortschrittler und bürgerlichen Demokraten bei den Reichstagswahlen dem Sozialisten einen Junker und Reaktionär vorzuziehen, das brauchen wir nicht erst bei der letzten Wahl zu lernen. Aber im Landtag haben die bürgerlichen Parteien nicht Sozialisten gegen sich, sondern Junker, und diese müssen sie in ihrem eigenen Interesse bekämpfen. Und auf diese Bekämpfung kommt es nur an. Eine bürgerlich-oppositionelle Landtagsmajorität mag die Sozialdemokratie noch so ingrimmig hassen, ein Knobelgesetz, wie die berüchtigte lex Neke kann sie nicht annehmen, ohne sich selbst in die Gewalt ihrer und unserer Gegner zu geben. Denn so richtig es auch ist, daß uns gegenüber die bürgerlichen Parteien nur „eine reaktionäre Masse“ sind, so wahr ist es doch auch auf der anderen Seite, daß die bürgerlichen Parteien unter sich Interessenkämpfe ausfechten müssen, in denen sie wohl oder übel auch unsere Interessen verfechten müssen.

Bei der absoluten Unmöglichkeit, ohne Kompromisse und Wahlbündnisse in Preußen sozialistische Landtags-Abgeordnete zu wählen, haben die Genossen der verschiedenen Wahlkreise sich also zunächst die Frage vorzulegen:

Ist in unserem Wahlkreis die Wahl eines reaktionären Kandidaten zu befürchten?

Wenn diese Frage zu verneinen ist, dann fällt für die Beteiligung im Sinne des Hamburger Beschlusses jeder Grund weg.

Wenn die Frage aber zu bejahen ist, dann kommt die zweite Frage:

Ist es uns möglich, die Wahl eines reaktionären Kandidaten zu verhindern?

Und hier gilt es, sehr genau zu prüfen. Es ist z. B. — und Herr Eugen Richter hat dies wiederholt hervorgehoben — recht wohl möglich, daß durch die Aufstellung sozialistischer Wahlmänner die Oppositionsparteien gesichert und die Reaktionäre gestärkt werden, so daß durch unser Eintreten der Sieg ihnen zufallen kann.

Des agitatorischen Moments haben wir nicht erwähnt. Es wurde zwar zu Anfang der Debatte von einigen Genossen betont, aber inzwischen hat man sich doch wohl allgemein überzeugt, daß eine Wahl mit öffentlicher Stimmenabgabe keine Massen in Bewegung setzen wird. Das schließt jedoch nicht aus, daß die Landtagswahl zu einer kräftigen Protestbewegung gegen „das elendeste aller Wahlsysteme“ benützt wird. In Berlin geschieht das jedenfalls; und in anderen Wahlkreisen wird man das sicher auch thun.

Vor allem aber gilt es, das Ziel, welches dem Hamburger Parteitag vorstehete, im Auge zu behalten, ehrlich den Hamburger Beschluß zur Ausführung zu bringen, und die Wiederaufwerfung von Streitfragen zu vermeiden, die durch den Hamburger Beschluß erledigt worden sind, und deren Wiederaufwerfung der Partei mehr Schaden zufügen kann, als die ganze Beteiligungsfrage wert ist.

## Soziale Bewegung.

**Was die Arbeiter in Berlin verdienen.** Die Frankfurter Zeitung entnimmt einer Statistik über den Jahresarbeitsverdienst Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen folgende Zahlen:

In vergangenen Jahre hatten beim männlichen Geschlecht den höchsten Jahresarbeitsverdienst — von Westfälern etc. abgesehen — nämlich 1500 Mark und darunter: Steinbildhauer (Stein-Industrie 1960, Künstlerische Betriebe 1891), Damenschneidergesellen (1900), Lohnführer (1866), Stereotypenre (1716), Steinmetze (1625), Schriftsetzer (1560), Photographen (1560), Eisenhobler u. dgl. (1517), Gelbgießer (1500), Maler in der Metall-Industrie (1500).

Jahreslöhne von 1250 bis noch nicht 1500 Mark bezogen: Blumenbinder, Kranzbinder, Steinbildhauer in künstlerischen Betrieben, Steinschleifer, Fleischseher und Schürer, Schmiede, Kupferschmiede, Metalldreher, Formner, Schirmmeister, Mechaniker, Monteure, Maschinisten, Heizer, Wäschschneider, Wäschmeister, Maurer, Puffer, Schornsteinfeger, Brunnenbauer, Möhrleger, Metzger, Goldwaren-Weber auf mechanischen Stühlen, Mobelsticker, Wütcher in Brauereien, Bilderrahmenmacher, Bilderei-Arbeiter und Knetter, Brauer, Kutscher von Droschken und Claisen.

Einen Jahresarbeitsverdienst von 1000 bis noch nicht 1250 Mark wies die große Masse der Arbeiter auf: Glaschleifer, Maschinenschneiderei, Messerschmiede, Beschlagsschmiede, Kesselschmiede



